

Bartels, Hans-Peter

Vortrag zur Eröffnung der Ausstellung "Zu Wort kommen - 1968 im Spiegel von Schülerzeitungen" am 21. Januar 2009 in der Bibliothek für Bildungsgeschichtliche Forschung Berlin

Mitteilungsblatt des Förderkreises Bibliothek für Bildungsgeschichtliche Forschung e.V. 20 (2009) 1, S. 22-27



Quellenangabe/ Reference:

Bartels, Hans-Peter: Vortrag zur Eröffnung der Ausstellung "Zu Wort kommen - 1968 im Spiegel von Schülerzeitungen" am 21. Januar 2009 in der Bibliothek für Bildungsgeschichtliche Forschung Berlin - In: Mitteilungsblatt des Förderkreises Bibliothek für Bildungsgeschichtliche Forschung e.V. 20 (2009) 1, S. 22-27 - URN: urn:nbn:de:0111-pedocs-159358 - DOI: 10.25656/01:15935

<https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0111-pedocs-159358>

<https://doi.org/10.25656/01:15935>

Nutzungsbedingungen

Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Die Nutzung stellt keine Übertragung des Eigentumsrechts an diesem Dokument dar und gilt vorbehaltlich der folgenden Einschränkungen: Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use

We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document.

This document is solely intended for your personal, non-commercial use. Use of this document does not include any transfer of property rights and it is conditional to the following limitations: All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Kontakt / Contact:

peDOCS

DIPF | Leibniz-Institut für Bildungsforschung und Bildungsinformation

Informationszentrum (IZ) Bildung

E-Mail: pedocs@dipf.de

Internet: www.pedocs.de

Mitglied der


Leibniz-Gemeinschaft

Mitteilungsblatt

des Förderkreises Bibliothek für Bildungsgeschichtliche Forschung e.V.



20 (2009) 1

ISSN 1860-3084

Impressum

Herausgeber: Förderkreis Bibliothek für
Bildungsgeschichtliche Forschung e.V.

Redaktion: Dr. Christian Ritzi

Redaktionsschluss
für diese Ausgabe: 30. Mai 2009

Fotos: andari

Geschäftsstelle: Prof. Dr. Hanno Schmitt
Bibliothek für
Bildungsgeschichtliche Forschung
PF 17 11 38, D-10203 Berlin
Tel.: +49 (0) 30.29 33 60 - 0

Für die Titelseite wurde die von Frau K. Waldmann 1994 gefertigte Collage aus Büchern der BBF verwendet. Der Förderkreis bedankt sich für die Erlaubnis dieser Nutzung.

Inhalt	Seite
Christian Ritzi Was getan, was geplant ist	1
Nicole Schelle „68“ - Umbrüche in bildungsgeschichtlichen Perspektiven Impulse und Folgen eines kulturellen Umbruchs in der Geschichte der Bundesrepublik / Bericht zur Tagung	13
Christian Ritzi Zu Wort kommen. 1968 im Spiegel von Schülerzeitungen	17
Hans-Peter Bartels, MdB Vortrag zur Eröffnung der Ausstellung „Zu Wort kommen – 1968 im Spiegel von Schülerzeitungen“	22
Christian Ritzi Zum Diesterweg-Relief von Martin Meyer-Pyritz (1908)	28
Christine Lost Diesterweg „ad oculos“ / Eine Denkmalsgeschichte	34
Neue Mitglieder	48

Hans-Peter Bartels, MdB

Vortrag zur Eröffnung der Ausstellung

„Zu Wort kommen – 1968 im Spiegel von Schülerzeitungen“

am 21. Januar 2009

in der Bibliothek für Bildungsgeschichtliche Forschung in Berlin

Sehr geehrter Herr Dr. Ritzi,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

ich freue mich, dass heute hier eine Ausstellung zu eröffnen ist, die auf zweierlei hinweist:

- erstens, dass es in dieser Bibliothek nun einen sehr großen, aufgearbeiteten Bestand von Schülerzeitungen gibt und
- zweitens, dass Schülerzeitungen überhaupt eine wunderbare, wenn auch bisher wenig genutzte Quelle für zeitgeschichtliche Forschung sind.

Außer vielleicht in der Deutschen Bibliothek dürfte es bundesweit keine größere Sammlung als diese geben. Sie deckt etwa das erste Vierteljahrhundert unserer bundesrepublikanischen Zeitrechnung ab. Auch wenn wir dieses Jahr nun schon 60 Jahre Bundesrepublik Deutschland feiern, ist das doch eine ziemlich große Zeitspanne.

Vielleicht gelingt es Ihnen, nach und nach in Richtung Gegenwart noch etwas anzubauen. Schlecht gepflegte und kaum zugängliche Bestände, die auf Übernahme warten, dürfte es noch in manchen öffentlichen und privaten Archiven geben. Aus den Recherchen zu meiner Magisterarbeit – auch schon fast 25 Jahre her – meine ich mich zu erinnern: Jugendpressefunktionäre werfen nichts weg. Da könnte noch was sein ...

Lassen Sie mich mit ein paar begrifflichen Klärungen beginnen und mich dann dem Thema: „Schülerpresse und Politik“ zuwenden.

Schülerzeitungen sind nach dem Verständnis ihrer Macher nicht das Gleiche wie Schulzeitungen. Schulzeitungen werden von der Schule herausgegeben und von Lehrern verantwortet, Schüler können mitwirken. Schülerzeitungen dagegen entspringen der Initiative von Schülern. Es sind Zeitungen *von* Schülern *für* Schüler.



Dr. Hans-Peter Bartels

Anfang der 50er Jahre wurde bei der Gründung von Schülerzeitungsverbänden auch der Begriff der „jugendeigenen Presse“ verwendet. Das schloss Studentenzeitungen sowie Zeitungen von konfessionellen und politischen Jugendgruppen mit ein.

Jugendeigen – das war für viele der selbstgesetzte Anspruch. Mit der Realität, in der die Pressegesetze der Länder volljährige, also mindestens 21-jährige Verantwortliche forderten, und der Schulleiter nach allgemeiner Verwaltungspraxis ohnehin der Letztverantwortliche für alles war, was in seiner Schule geschah, stand dieser Anspruch immer in einem gewissen Spannungsverhältnis.

Aber genau dieses Spannungsverhältnis war auch ein Impuls zur Selbstorganisation in der Jungen Presse.

Mit Unterstützung amerikanischer Jugendbildungsbeauftragter wurden recht früh in einzelnen Ländern und 1952 bundesweit Arbeitsgemeinschaften jugendeigener Zeitungen gegründet.

Die Bundesarbeitsgemeinschaft Junge Presse diskutierte in den ersten Jahren intensiv über die Frage einer mehr „gemeinschaftlich“ oder mehr „gesellschaftlich“ ausgerichteten Verbandsarbeit. Dahinter verbargen sich – als Widerspruch empfunden – der Rekurs auf Ideale der alten Jugendbewegung auf der einen Seite, Stichworte: jugendgemäß, natürlich, selbstbestimmt leben, Jugend als Gegengesellschaft; das war die „gemeinschaftliche“ Orientierung. Und auf der anderen Seite stand die neue Orientierung am Staatsbürger im demokratisch verfassten Staat, ein „gesellschaftliches“ Leitbild, Stichworte: politische Bildung, Jugend als aktiver Teil der Gesellschaft. Ein bisschen klingt hier vielleicht die Soziologie von Ferdinand Tönnies durch: „Gemeinschaft und Gesellschaft“.

1955 wurde bei der Jungen Presse ein Vorstandsreferat für politische Bildung eingerichtet. Ein Jahr später gründeten der deutsche und der dänische Jugendpresseverband eine europäische Jugendpresseorganisation, Schwerpunkt: „civil education“. Zur Verbreiterung der Bildungs-Basis unternahmen JP-Funktionäre 1957 den Versuch, eine bundesweite Organisation „Politischer Arbeitskreise Schulen (PAS)“ zu initiieren; es blieb dann allerdings beim – erfolgreichen – PAS-Pilotprojekt Schleswig-Holstein.

Die Diskussionen der JP-Vorstände drehten sich in den späten 50er und frühen 60er Jahren vor allem darum, wie man die Schülerzeitungen „politischer“ machen könne. Zwar nahm die Zahl der Zeitungen seit der Einführung des Offset-Druckverfahrens 1956 rapide zu (1957: 290 JP-Mitgliedszeitungen, 1960: 550, 1963: 701, 1966: 894), aber das politische Engagement der Redakteure ließ nach Meinung ihrer Funktionäre zu wünschen übrig.

Was die Junge Presse, öffentlich gefördert und gemeinnützig, an Seminaren und Informationsschriften anbot, war stark institutionenfixiert; es fand statt, was gezahlt wurde. Und für die Finanzierung kamen wesentlich staatliche oder staatsnahe Stellen auf. Bildungsschwerpunkte der Jungen Presse waren Deutschlandpolitik, die europäische Einigung, Wiederbewaffnung und die Wirtschaft als solche. Die Bildungsweise: Reisen, Tagen, Lesen, Schreiben.

Für Gymnasiasten und junge Studenten blieben bis weit in die 60er Jahre hinein Schülerzeitung und Junge Presse ein natürlicher, bequemer und wahrscheinlich auch recht häufiger Einstieg in die politische Erwachsenenwelt, die auf JP-Seminaren schon mal besichtigt und in der Verbandsarbeit nachgespielt werden konnte.

Der obrigkeitlichen Vor- und Nachzensur von Schülerzeitungen stand die Junge Presse pflichtschuldig ablehnend gegenüber (Vorzensur: Bevor die Zeitung gedruckt ist – Genehmigung der Manuskripte!). Initiativen, Aktionen oder juristische Gegenentwürfe reichten allerdings meist nicht weit. Das Zensur-Thema wurde in den JP-Gremien stets mit vielem Wenn und Aber diskutiert. Erst Gustav

Kuhn, der insgesamt 15 Jahre lang in der Jungen Presse tätig war, wies mit seiner Dissertation (Geltung der Grundrechte für Minderjährige, Kiel 1964) die Vorzensur eindeutig als verfassungswidrig zurück.

Nachdem in allen Ländererlassen bis 1960 keine Unterscheidung zwischen Vor- und Nachzensur getroffen worden, das Votum des Schulleiters also jederzeit als verbindlich anzusehen war, bemühten sich die Erlasse in einer zweiten Regelungsphase von 1964 an um mehr Liberalität, zum Teil allerdings unter Ausklammerung der Verbotssproblematik. In beiden Phasen war übrigens (mit seinen Erlassen von 1948 und 1964) Hessen vorn. Eine dritte Erlassswelle wurde mit dem Papier der Kultusministerkonferenz zur „Stellung des Schülers in der Schule“ ausgelöst. Die 1972 und später gefundenen Formulierungen regeln das Verbotsverfahren, die Nachzensur klar und deutlich.

Zur Auflösung des Verbandes und der Gründung einer neuen Bundesarbeitsgemeinschaft jugendeigener Zeitungen 1967 haben zum einen interne Probleme beigetragen, z.B. die Vervielfachung der Mitgliederzahl und damit die Stärkung der mitgliedernahen Landesverbände, zum anderen das sich verändernde JP-Umfeld: der gefühlte Legitimationsverlust des Staates und das Distanzierungsbedürfnis einer wachsenden Zahl politisierter Schüler und Studenten.

Dass der BAG Junge Presse kurz vor ihrem Ende wegen kritischer Bemerkungen in einer Verbandspublikation die öffentlichen Mittel gestrichen wurden, hat im Übrigen die Auflösung und Neugründung sicher erleichtert. Der neue Verein, Deutsche Jugendpresse e.V., ging nun daran, die entstandene Gegenöffentlichkeit zu organisieren – mit freundlicher Unterstützung der Bundesregierung, versteht sich.

Zum Thema Politik und Schülerzeitung hatte schon der erste deutsche Bundeskanzler Konrad Adenauer Stellung bezogen. Er antwortete Anfang 1955 in einem Brief den Redakteuren des „Schüler-Echos“ an der Berliner Schadow-Schule: „Ihr wollt vom Bundeskanzler wissen, was er von der vielumstrittenen Frage der ‚Politik in der Schülerzeitschrift‘ hält. Ihr denkt wahrscheinlich, der Bundeskanzler hat sich mit so vielen umstrittenen Fragen herumzuschlagen, dass es auf eine mehr nicht ankommt. Ich will Euch gern antworten, denn ich weiß, dass Euch die Frage, ob in einer Schülerzeitschrift über Politik geschrieben werden soll oder nicht, sehr bewegt.“

Von der aktuellen Tagespolitik solltet Ihr in der Schülerzeitschrift die Finger lassen. Es genügt, meine ich, wenn sich darüber Männer und Frauen mit einiger Lebenserfahrung auseinandersetzen. Ihr könnt aber nicht früh genug damit beginnen, das Interesse der heranwachsenden jüngeren Menschen an der Politik überhaupt, das heißt, an dem Leben der Gemeinschaft, am Staate, an den Beziehungen der Völker untereinander zu wecken. Jeder einzelne ist im demokratischen Staat berufen, für die Gemeinschaft zu arbeiten und vielleicht eines Tages

an der Staatsführung teilzuhaben. Dieses Recht sollte sich niemand nehmen lassen, und in jedem jungen Staatsbürger sollte das Verlangen geweckt werden, dieses Recht wahrzunehmen, sobald die Schule hinter ihm liegt. Liegt hier nicht eine große Aufgabe für eine Schülerzeitung, noch dazu in einer Stadt wie Berlin, die wie wenige auf das Engste mit der Politik verbunden ist?“

Konrad Adenauer hatte mit dieser sicher nicht offiziell oder offiziös, sondern persönlich gemeinten Stellungnahme Partei ergriffen für die staatsbürgerlich-politische Schülerzeitung – was in den ersten Jahren der Jungen Presse ja immerhin im Verband selbst ein Streitpunkt gewesen war. Entgegen jugendbewegten Pädagogen oder auch Bildungspolitikern wie Hessens Kultusminister Erwin Stein, die die Schülerpresse inhaltlich gern auf den Lebensbereich Schule beschränkt hätten, bejahte Adenauer die „gesellschaftliche“ Tendenz der politischen Schülerzeitung.

Zu den Schülerzeitungen der APO-Zeit, der späten 60er Jahre hat Dr. Ritzi im Ausstellungskatalog einiges geschrieben. Ich wage nicht zu behaupten, mich da besser auszukennen. Meine eigene teilnehmende Beobachtung beginnt 1978 mit der von mir mit gegründeten Schülerzeitung MOPS an der Kieler Max-Planck-Schule, MPS, deshalb MOPS. Es gab da schon eine Zeitung, den BOHRER, die aber unregelmäßig erschien und uns irgendwie zu linksradikal oder spontihaft oder altklug war. Also gab es jetzt Konkurrenz und ein bisschen Hin und Her, und am Ende blieb übrig: der MOPS.

Daraus wurde dann eine Stadtschülerzeitung, und mit der erlebten wir seltsame Fälle von Zensur, wenn die Zeitung an der einen Schule verteilt werden durfte, an einer anderen aber nicht – ein guter Test auf die Objektivität der Schulgewalt, so schien es uns. Und es machte natürlich Spaß, verboten zu werden.

Einmal fand ein Schulleiter, wir hätten den Straftatbestand der Verunglimpfung des Bundespräsidenten erfüllt (§ 90 StGB) und untersagte deshalb die Verteilung unserer Zeitung auf dem Schulgelände. Wir schrieben daraufhin den Bundespräsidenten, damals Karl Carstens, an und fragten, ob er sich verunglimpft fühle. Das Bundespräsidialamt schrieb zurück, der Präsident danke für die schöne Schülerzeitung und wünsche weiter viel Erfolg. Wir hatten über ein mega-spießiges Adventssingen für das Staatsoberhaupt berichtet – und wie sollte das anders klingen als ironisch?

Ich persönlich bin der Meinung, dass Schülerzeitungen ideale Trainingsfelder der Demokratie sind:

- Man kommt zu Wort. Schreibt verbindlich auf, was man meint. Andere lesen es. Man muss dazu stehen. Kritik ertragen lernen. Diskutieren.

- Zuallererst ist die Zeitung bestimmt für den Lebenskreis, aus dem sie hervorgeht: die Schule. Das ist eine überschaubare Öffentlichkeit (deshalb übrigens ist es sehr richtig, dass Schülerzeitungsartikel nicht im Nachhinein von Dritten einfach online gestellt werden können! Forscher müssen eben leihen oder reisen).
- Thema kann alles sein, wozu es lohnt, sich Gedanken zu machen und eine Meinung zu haben.
- Schülerzeitungen sind – mit einem altmodischen Begriff – ein Stück gemeinsamer Werkarbeit. Dazu gehören Planung, Schreiben, Layout, Druck, Finanzierung, Vertrieb – und am Ende hat man *wirklich* etwas in der Hand. Das gibt Selbstvertrauen.

Schülerzeitungen sind dagegen *nicht*, wie es oft wohlmeinend missverstanden wird, Trainingsfelder des Journalismus. Schülerzeitungsredakteure sind keine Nachwuchsjournalisten, sie brauchen nicht Nachrichten vom Kommentar zu trennen. Sie sind Nachwuchs*demokraten*! Was sie lernen, ist das Handwerkszeug der politischen Meinungsbildung. Damit können sie später alles werden: Wissenschaftler, Manager, Richter, Abgeordneter, natürlich auch Journalisten.

Solche demokratische Praxis, wie Schülerzeitungen sie ermöglichen, brauchen wir mehr und nicht weniger, auch in Zeiten des Internets!

Gegen das allgegenwärtige Verdrossenheitsgerede schützt am besten die Kenntnis der eigenen demokratischen Möglichkeiten und Fähigkeiten. Demokratie vererbt sich nicht. Sie muss von jeder neuen Generation neu gelernt werden. Da liegt bei uns einiges im Argen.

Ich zitiere: „Die staatsbürgerliche Erziehung der Jugend lässt an den Schulen in einem Maße zu wünschen übrig, das für den Bestand einer lebensfähigen Demokratie gefährlich werden muss.“

Dieser Befund ist mehr als ein halbes Jahrhundert alt und gleichwohl aktuell. Es ist ein Satz aus der „Traiffelberger Resolution“ der Bundesarbeitsgemeinschaft Junge Presse, in der sie 1956 mit Vehemenz mehr politische Bildung forderte.

Dem schließe ich mich an.

Vielen Dank.